

UNIVERSITÄT POTSDAM

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALWISSENSCHAFTLICHE FAKULTÄT

VOLKSWIRTSCHAFTLICHE DISKUSSIONSBEITRÄGE

Norbert Eickhof

REGIONAL- UND INDUSTRIEPOLITIK
IN DEN NEUEN BUNDESLÄNDERN



Diskussionsbeitrag Nr. 77

Potsdam 2005

Diskussionsbeitrag Nr. 77

Norbert Eickhof

Regional- und Industriepolitik in den neuen Bundesländern

Vortrag
auf der Sozialwissenschaftlichen Konferenz
des Dankook University Institute of Social Sciences am 27.10.2004
sowie
auf der Konferenz des Institute of Peace Affairs am 28.10.2004
in Seoul/Republik Korea

Potsdam 2005

Prof. Dr. Norbert Eickhof

Universität Potsdam
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät
Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre,
insbesondere Wirtschaftspolitik

Postfach 90 03 27
D-14439 Potsdam

Tel.: 0331 977-3256
Fax: 0331 977-3401
E-Mail: eickhof@rz.uni-potsdam.de

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|-----|--|----|
| 1 | Ausgangslage..... | 2 |
| 2 | Regional- und industriepolitische Maßnahmen..... | 3 |
| 2.1 | Begriffliche Vorbemerkungen..... | 3 |
| 2.2 | Wichtige Maßnahmenbereiche | 4 |
| 2.3 | Brutto- und Nettotransfers..... | 6 |
| 3 | Auswirkungen..... | 7 |
| 4 | Regional- und industriepolitische Reformalternativen | 10 |
| 4.1 | Fortführung des Solidarpakts..... | 10 |
| 4.2 | Sonderwirtschaftszone Ost | 10 |
| 4.3 | Förderung der Infrastruktur | 11 |
| 4.4 | Wirtschaftsförderung durch Förderung von Wachstumszentren..... | 12 |
| 5 | Fazit..... | 15 |
| | Literaturverzeichnis..... | 16 |

1 Ausgangslage

Am 9. November 1989 wurden die Berliner Mauer und die innerdeutsche Grenze geöffnet. Knapp elf Monate später, konkret am 3. Oktober 1990, erfolgte die Wiedervereinigung Deutschlands. Damit ging eine vierzig Jahre dauernde, unterschiedliche Entwicklung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Systeme in West- und Ostdeutschland zu Ende.

Die deutsche Wiedervereinigung erfolgte durch den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland. Damit wurde die Geltung des Bundesrechts auf die so genannten neuen Bundesländer ausgedehnt. Auch in Ostdeutschland gelten seitdem das ehemals nur westdeutsche Grundgesetz sowie die übrigen Gesetze und Verordnungen.

Zur Zeit der Wiedervereinigung verpflichtete Art. 72 des Grundgesetzes den Bund dazu, die „Einheitlichkeit“ der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet zu wahren. Angesichts der bald erkennbaren Schwierigkeiten der Wiedervereinigung vor allem im wirtschaftlichen Bereich wurde 1994 das Ziel „Einheitlichkeit“ in „Gleichwertigkeit“ der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet abgeschwächt. Andererseits ist in Art. 106 des Grundgesetzes auch nach 1994 noch von „Einheitlichkeit“ der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet die Rede.

Unabhängig von den jeweiligen Formulierungen des Grundgesetzes haben es alle Bundesregierungen als ihre Pflicht angesehen, die Lebensverhältnisse in Ostdeutschland zu verbessern bzw. denen in Westdeutschland anzugleichen. Allerdings ist bis heute, das heißt rund 15 Jahre nach der Wiedervereinigung, eine Gleichheit der Lebensverhältnisse in West- und Ostdeutschland noch nicht erreicht. So hat Bundespräsident Köhler im September 2004 vor übertriebenen Hoffnungen und Aktivitäten gewarnt. In der Bundesrepublik gebe es große Unterschiede in den Lebensverhältnissen, die nur mit untragbar hohen Subventionen eingeebnet werden könnten.¹

Doch kehren wir noch einmal zur Ausgangslage zurück. Zur Zeit der Wiedervereinigung lebten in Westdeutschland ca. 63,7 Mio. Menschen, in Ostdeutschland waren es gut 16 Mio. Auf der anderen Seite belief sich das Bruttoinlandsprodukt im Westen auf 2,4 Bio. DM, im Osten hingegen nur auf 230 Mrd. DM. Das Pro-Kopf-Einkommen in den neuen Bundesländern betrug damit im Jahre 1990 nur knapp 38 % des westdeutschen Wertes.

¹ Vgl. FAZ vom 13.9.2004, S. 1.

Im Osten bestand in wirtschaftlicher Hinsicht ein gewaltiger Reform- und Nachholbedarf. Zum einen musste das gesamte Wirtschafts- und Sozialsystem transformiert werden. Zum anderen war die komplette Wirtschaftsstruktur an die neuen Markterfordernisse anzupassen. Mit dem Untergang der Sowjetunion sowie des Ostblocks waren auch die traditionellen Wirtschaftsbeziehungen Ostdeutschlands weggebrochen. Die Wirtschaft war in kurzer Zeit weitgehend deindustrialisiert worden. Die alten Großbetriebe waren verschwunden. Eine funktionsfähige mittelständische Wirtschaft fehlte. Die Verkehrs- und Informationsnetze waren völlig desolat, die Städte erheblich sanierungsbedürftig.

Trotz der umfangreichen Reform- und Modernisierungsaufgaben war man zunächst recht optimistisch. Man glaubte, die Integration der neuen Bundesländer sei in einigen Jahren zu bewältigen. Um die Lebensverhältnisse in den neuen Bundesländern an die in Westdeutschland anzugleichen, wurden zahlreiche Maßnahmen beschlossen. Hierzu gehörten in erster Linie sozialpolitische Maßnahmen, aber auch solche zu Gunsten der Infrastruktur und Wirtschaftsförderung. Letztere sind der Regional- und Industriepolitik zuzuordnen. Mit den beiden letztgenannten Politikbereichen wollen wir uns im Folgenden näher beschäftigen.

Zunächst soll kurz gezeigt werden, welche regional- und industriepolitischen Maßnahmen in den neuen Bundesländern durchgeführt worden sind (Kapitel 2). Danach soll untersucht werden, welche Auswirkungen diese Maßnahmen auf die Entwicklung in Ostdeutschland hatten (Kapitel 3). Und schließlich wenden wir uns der Frage zu, wie es in den östlichen Bundesländern weitergehen soll, oder konkreter: welche Reformalternativen bestehen (Kapitel 4). Ein kurzes Fazit beschließt unsere Ausführungen (Kapitel 5). – Beginnen wir mit den regional- und industriepolitischen Maßnahmen.

2 Regional- und industriepolitische Maßnahmen

2.1 Begriffliche Vorbemerkungen

Unter Regionalpolitik versteht man die Gesamtheit aller Maßnahmen, die darauf abzielen, die Entwicklung in einem Teilgebiet einer Volkswirtschaft zu beeinflussen. Schwieriger fällt es, den Begriff der Industriepolitik zu definieren. Hier sind eine engere und eine weitere Definition zu unterscheiden. Im engeren Sinne zielt die Industriepolitik auf den industriellen Sektor einer Volkswirtschaft. Im weiteren Sinne umfasst Industriepolitik dagegen alle Maßnahmen,

die der Förderung der Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft oder eines Teils derselben dienen.² Fassen wir nun – wie im Folgenden – regional- und industriepolitische Maßnahmen zusammen, so geht es um die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit einer bestimmten Region, konkret der neuen Bundesländer.

Im Einzelnen ist eine verwirrende Vielzahl von regional- und industriepolitischen Maßnahmen zu unterscheiden. Zum einen handelt es sich um Finanzhilfen, zum anderen um Steuervergünstigungen. Gewährt werden sie von der Europäischen Union, vom Bund oder von den westlichen Bundesländern. Teils erfordern sie eine Kofinanzierung seitens der neuen Bundesländer, teils wird darauf verzichtet. Konkret fließen die Subventionen an die neuen Bundesländer, an die ostdeutschen Kommunen oder an Unternehmen, die in Ostdeutschland produzieren bzw. investieren.

2.2 Wichtige Maßnahmenbereiche

Von besonderer Bedeutung sind vier Maßnahmenbereiche, und zwar

- (1) die Bundesergänzungszuweisungen,
- (2) der Länderfinanzausgleich,
- (3) die Gemeinschaftsaufgaben sowie
- (4) die europäischen Strukturfonds.

Die Bundesergänzungszuweisungen stellen Zahlungen des Bundes an leistungsschwache Bundesländer dar.³ Im Einzelnen gewährt der Bund Zuweisungen zur ergänzenden Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs (Fehlbetrags-BEZ) und Zuweisungen zum Ausgleich von Sonderlasten (Sonderbedarfs-BEZ). Letztere zielen insbesondere auf den Abbau teilungsbedingter Sonderlasten. Mit den entsprechenden Zuwendungen sollen der infrastrukturelle Nachholbedarf der neuen Bundesländer gedeckt und ihre unterproportionale kommunale Finanzkraft verbessert werden.

² Vgl. Eickhof (1997), S. 431 ff.

³ Vgl. etwa Lenk (2003), S. 250 f.

Im Rahmen des Länderfinanzausgleichs werden demgegenüber die ärmeren Bundesländer in Ost und West von den reicheren Ländern unterstützt.⁴ Dabei zählen alle neuen Bundesländer zu den Empfängern, während nur ein Teil der westlichen Länder zu den Gebern gehört.

Gemeinschaftsaufgaben werden von Bund und Ländern gemeinsam finanziert. Zu diesen Aufgaben zählen

- die Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur,⁵
- die Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes,
- der Aus- und Neubau von Hochschulen sowie
- die Bildungsplanung und Förderung der überregionalen Forschung.

Seit der Wiedervereinigung profitieren vor allem die neuen Bundesländer von den Gemeinschaftsaufgaben.

Das gilt auch im Hinblick auf die europäischen Strukturfonds.⁶ Im Einzelnen sind

- der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE),
- der Europäische Sozialfonds (ESF)
für die Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten,
- der Europäische Ausrichtungs- und Garantiefonds
für die Landwirtschaft (EAGFL), Abteilung Ausrichtung,
und
- das Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei
(FIAF)

zu unterscheiden. Da alle neuen Bundesländer bis zur Osterweiterung der Europäischen Union im Mai 2004 zu den so genannten Ziel-1-Gebieten gehörten, deren Pro-Kopf-Einkommen weniger als 75 % des Durchschnittswertes in der EU beträgt, erhielten sie die höchstmögliche Förderung. Auch hier erfolgt eine Kofinanzierung seitens der begünstigten Länder, wobei der Länderanteil in Abhängigkeit vom jeweiligen Fonds zwischen einem Drittel und einem Viertel schwankt.

Nur so viel zu den vier wichtigsten Maßnahmenbündeln im Bereich der Regional- und Industriepolitik zu Gunsten der neuen Bundesländer. Daneben existiert noch eine Vielzahl von Programmen, von denen die östlichen Länder profitieren, angefangen bei den Verkehrsprojekten

⁴ Vgl. ebenfalls Lenk (2003), S. 247 ff.

⁵ Vgl. hierzu Fritsch et al. (1991), Ragnitz (2003), Lammers (2004), S. 624 f.

⁶ Vgl. Berg/Gehrmann (2004), S. 319 ff.

Deutsche Einheit sowie Stadtumbau Ost über Programme für den Wohnungsbau sowie für Pflegeeinrichtungen bis hin zur Förderung der Kultur sowie des Sportstättenbaues in den neuen Bundesländern.

Als sich abzeichnete, dass der Aufschwung Ost wohl doch nicht so schnell kommen würde, wie 1990 optimistisch erwartet, wurde 1993 der erste Solidarpaket zwischen dem Bund und den Ländern verabschiedet. Dieser Solidarpaket I galt sodann von 1995 bis 2004. In ihm wurden bestimmte Zahlungen des Bundes an die neuen Länder festgelegt. Die entsprechende Summe betrug 105 Mrd. Euro. Diese Summe stellt jedoch nur einen Bruchteil der Transferleistungen von West nach Ost dar.⁷

2.3 Brutto- und Nettotransfers

Insgesamt beliefen sich die Bruttotransferleistungen von 1991 bis 2003 auf 1,265 Bio. Euro. Davon kamen knapp 20 % der wirtschaftsnahen Infrastruktur sowie der Wirtschaftsförderung zugute. Den größten Anteil von knapp 50 % machten dagegen sozialpolitisch motivierte Ausgaben aus. Die restlichen gut 30 % stellten ungebundene und sonstige Zuweisungen dar.

Von diesen Bruttotransfers von West nach Ost müssen allerdings die Rückflüsse von Ost nach West abgezogen werden. Letztere beliefen sich auf 325 Mrd. Euro bzw. auf ein Viertel der Bruttotransfers. Damit ergeben sich für die Zeit von 1991 bis 2003 Nettotransfers von West nach Ost in Höhe von 940 Mrd. Euro. Das sind mehr als 72 Mrd. Euro pro Jahr.⁸ Durchschnittlich betrachtet, entsprechen die Nettotransfers über 36 % des ostdeutschen Bruttoinlandsprodukts und gut 4 % des westdeutschen BIP. – Welche Auswirkungen haben nun die soeben vorgestellten Maßnahmen auf die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland gehabt?

⁷ Zum Folgenden vgl. IWH (2003).

⁸ Andere Autoren kommen zu noch höheren Transfersummen. Vgl. etwa Schroeder (2004), S. 630 f.

3 Auswirkungen

Zwar ist in den neuen Bundesländern seit der Wiedervereinigung vieles erreicht worden. Allerdings kann der Prozess der wirtschaftlichen Angleichung an den Westen keineswegs in allen Bereichen als erfolgreich abgeschlossen betrachtet werden.⁹

Beginnen wir mit den positiven Aspekten, so ist zunächst auf die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts zu verweisen: Von 1991 bis 2003 hat sich das BIP in Westdeutschland um 35 %, in Ostdeutschland dagegen um 129 % vergrößert. Damit ist das Pro-Kopf-Einkommen in den neuen Bundesländern im Jahre 2003 auf ca. 67 % des westdeutschen Wertes gestiegen. Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass dieser Aufholprozess bereits seit 1996 stockt.

Von der Einkommensentwicklung einmal abgesehen, hat sich in Ostdeutschland vor allem die materielle Infrastruktur erheblich verbessert. Das gilt insbesondere für das Telekommunikationswesen, für die leitungsgebundene Energieversorgung sowie für die Verkehrswege, die Bahnhöfe und die Flughäfen. Auch die institutionelle Infrastruktur, vor allem das Rechts- und Verwaltungswesen, ist grundlegend reformiert sowie modernisiert worden; und die Ausbildung der Jugendlichen befindet sich auf einem hohen Niveau.

Hinzu kommt ein weiterer positiver Aspekt: Bei den lokalen Gütern und Diensten ist das Preisniveau in Ostdeutschland relativ gering. Mieten und Grundstückspreise liegen unter denen im Westen. Die Lebenshaltung in den neuen Bundesländern ist verhältnismäßig kostengünstig.

Dem relativ geringen Preisniveau steht ein verhältnismäßig niedriges Lohnniveau gegenüber. Im Jahre 2003 betragen die ostdeutschen Entgelte je Arbeitnehmer nur 77 % des westdeutschen Wertes. Die Arbeitszeiten sind dagegen ca. 10 % länger als im Westen. Ein von der Metallgewerkschaft geplanter Streik zwecks Arbeitszeitverkürzung scheiterte am Desinteresse der ostdeutschen Arbeitnehmer. Diese erweisen sich in der Regel als flexibel und mobil. Ihre Tarifbindung wie auch die der Arbeitgeber in den neuen Bundesländern ist vergleichsweise gering.

⁹ Zum Folgenden vgl. Klodt (1996), S. 268 ff.; DIW et al. (2002); DIW et al. (2003); Dohnanyi/Most (2004), S. 8 ff.; Eggert (2004), S. 615 ff.; Ragnitz (2004), S. 620 ff.; Röhl (2004), S. 25 ff.; Weimann (2004), S. 9 f.

Trotz des relativ geringen Lohnniveaus übersteigen die Bruttolöhne die Arbeitsproduktivität. Auch das trägt zum größten Problem in Ostdeutschland bei, der extrem hohen Arbeitslosigkeit. Bewegen sich die Arbeitslosenquoten in den westlichen Bundesländern im Jahre 2004 zwischen 7 % (Baden-Württemberg) und 14,3 % (Bremen), so beginnen sie in den östlichen Ländern trotz der jahrelangen, milliardenschweren Hilfsmaßnahmen bei 18,4 % (Thüringen) und steigen bis auf 22,6 % (Mecklenburg-Vorpommern). In bestimmten Regionen Ostdeutschlands beträgt die offene und verdeckte Arbeitslosigkeit sogar 40 bis 50 %.

Angesichts der äußerst hohen, weitgehend verfestigten Arbeitslosigkeit kann es nicht verwundern, dass die Bevölkerung in den neuen Bundesländern schrumpft. Von den 500.000 Ostdeutschen einmal abgesehen, die zwischen Ost und West pendeln, haben seit der Wiedervereinigung bis heute mehr als 1,2 Mio. Menschen aus den neuen Bundesländern ihrer Heimat endgültig den Rücken gekehrt. Das sind bald 10 % der dortigen Bevölkerung. Hierbei handelt es sich vorwiegend um junge, gut ausgebildete Personen. Damit nimmt die in Deutschland ohnehin schon bedrohliche Überalterung der Bevölkerung in Ostdeutschland überproportional zu. Auf die daraus resultierenden Probleme für die Sozialversicherungssysteme soll hier nicht näher eingegangen werden.

Schrumpft die Bevölkerung, so wirkt sich das nicht nur auf das Steueraufkommen der jeweiligen Gebietskörperschaft, sondern auch auf den Mittelzufluss aus dem Länderfinanzausgleich negativ aus. Zur Zeit können die neuen Bundesländer nur ungefähr die Hälfte ihrer Ausgaben aus eigenen Einnahmen bestreiten. Ihre Verschuldung nimmt zu. Derzeit liegt die Gesamtverschuldung je Einwohner in den neuen Bundesländern ca. 16 % über der in den westdeutschen Flächenstaaten. Der Spielraum der ostdeutschen Bundesländer für wirtschaftliche Aktivitäten – angefangen im Infrastrukturbereich bis hin zur direkten Wirtschaftsförderung – wird eher geringer. Darunter leidet vor allem die lokale, mittelständische Wirtschaft mit ihrer in der Regel relativ hohen Arbeitsintensität, was sich ebenfalls negativ auf die Beschäftigung auswirkt.

Abgesehen vom Länderfinanzausgleich bleiben somit für die neuen Bundesländer die Ergänzungszuweisungen des Bundes, die Gemeinschaftsaufgaben von Bund und Ländern sowie die europäischen Strukturfonds auch weiterhin von zentraler Bedeutung. Bei den beiden letztgenannten Maßnahmen bereitet wiederum die Notwendigkeit der Kofinanzierung neue Haushaltsprobleme.

Trotz aller genannten Maßnahmen gibt es in Ostdeutschland bis heute noch keinen selbsttragenden wirtschaftlichen Aufschwung. Die Kapitalausstattung pro Kopf ist ca. 25 % geringer als in Westdeutschland. Die durchschnittliche Produktivität im Osten hinkt um knapp 30 % hinter der des Westens hinterher. Und die Exportquote liegt 40 % unter der des Westens.

Zwar sind einzelne ostdeutsche Branchen bzw. Standorte inzwischen international wettbewerbsfähig. Das gilt vor allem für den Automobilbau, die Autozulieferer und die Mikroelektronik, aber auch für die Chemie, den Maschinenbau, die Energieversorgung sowie den Tourismus. Aber andererseits können gravierende Branchen- und Unternehmensprobleme nicht übersehen werden.

Steuerliche Anreize haben in den neuen Bundesländern zu einem Überangebot bei Wohnungen sowie Büro- und Einzelhandelsflächen geführt; die Bauwirtschaft weist seit Jahren Überkapazitäten auf. Das Wachstum des verarbeitenden Gewerbes ist relativ schwach; positive Beschäftigungseffekte sind auch von ihm nicht zu erwarten. Vor allem der öffentliche Dienst ist überproportioniert; er weist noch immer Personalüberhänge auf. Demgegenüber ist die Selbstständigenquote in Ostdeutschland zu gering; es gibt zu wenig Unternehmensgründungen; die Insolvenzquote liegt dagegen über dem westdeutschen Niveau. Großunternehmen fehlen weitgehend; es mangelt an wirtschaftlichen Zentren.

Das Hauptproblem bei den vorhandenen ostdeutschen Unternehmen stellt die mangelhafte Eigenkapitalausstattung dar. Die Bonität dieser Unternehmen ist daher gering. Die Banken begegnen ihnen mit einer restriktiven Kreditpolitik. Ständige Liquiditätsprobleme sind die Folge.

Nur so viel zu den Auswirkungen der regional- und industriepolitischen Maßnahmen auf die wirtschaftliche Entwicklung sowie zur aktuellen Lage in den neuen Bundesländern. Wie soll es jedoch dort weitergehen? Welche regional- und industriepolitischen Reformalternativen sind zu unterscheiden?

4 Regional- und industriepolitische Reformalternativen

4.1 Fortführung des Solidarpakts

Nachdem zehn Jahre nach der Wiedervereinigung ein selbsttragender wirtschaftlicher Aufschwung in Ostdeutschland immer noch nicht erkennbar war, wurde im Jahre 2001 über die Fortführung des Solidarpakts zwischen dem Bund und den neuen Bundesländern verhandelt. 2002 wurde dann der Solidarpakt II für die Zeit von 2005 bis 2019 beschlossen. Dieser Solidarpakt soll einen von den neuen Bundesländern ermittelten Finanzbedarf in Höhe von 156 Mrd. Euro decken. Dabei sollen die Leistungen grundsätzlich degressiv gewährt werden und ab 2009 relativ stark zurückgehen.

Im Einzelnen sind zwei Körbe vorgesehen. Der erste Korb enthält Sonderbedarfs-Ergänzungszuweisungen des Bundes in Höhe von 105 Mrd. Euro. Diese Mittel sind bereits früher angesprochen worden und sollen gemäß den Bevölkerungsanteilen auf die neuen Bundesländer aufgeteilt werden. Der zweite Korb umfasst alle weiteren Leistungen des Bundes für den Osten, und zwar in Höhe von 51 Mrd. Euro. Anders als die Mittel aus Korb 1 sind die aus Korb 2 nicht insgesamt gesetzlich abgesichert, so dass sich an ihrer Höhe in den nächsten Jahren noch einiges verändern kann.

Im Gegensatz zum Solidarpakt I ist bei seinem Nachfolger auf eine Zweckbindung der Bundesmittel verzichtet worden. Stattdessen sind diese für die Länder frei verfügbar. Damit steigt die Gefahr, dass die Mittel in Zukunft noch stärker als bisher zur Deckung der laufenden, weitgehend konsumtiven Ausgaben der Länder und nicht für wachstumsfördernde Infrastrukturprojekte und Wirtschaftsförderung verwandt werden.¹⁰

4.2 Sonderwirtschaftszone Ost

Über das, was konkret getan werden sollte, gehen die Meinungen allerdings mehr oder weniger auseinander. Uneinheitlich sind die Antworten auf die Frage, ob eine „Sonderwirtschaftszone neue Bundesländer“ errichtet werden sollte.¹¹ Diese Frage ist jedoch inzwischen zu verneinen. Was 1990 einen Versuch wert gewesen wäre, käme heute zu spät:

¹⁰ Vgl. auch Lammers (2004), S. 625 f.

¹¹ Vgl. Röhl (2004).

Wie bereits angesprochen, gibt es ja schon seit 15 Jahren ein starkes Fördergefälle zwischen Ost und West. Auf geringere Preise, geringere Löhne, längere Arbeitszeiten, schwächere Tarifbindungen sowie steuerliche Investitionsanreize in den neuen Bundesländern wurde ebenfalls schon hingewiesen. De facto existiert damit so etwas wie eine Sonderwirtschaftszone Ost.

Zusätzliche Maßnahmen wie Lohnsenkungen auf osteuropäisches Niveau mit anschließender Lohnsubventionierung auf westdeutsche Einkommenshöhen oder die Einführung von Niedrigsteuern in den neuen Bundesländern müssen abgelehnt werden. So sind Lohnsubventionen im großen Stil wegen der leeren öffentlichen Kassen inzwischen unbezahlbar. Und weitere Steuersenkungen werden angesichts der allgemeinen deutschen Wachstumsschwäche auch für Westdeutschland gefordert; darüber hinaus widerspricht ein gespaltenes Steuersystem zwischen Ost und West den europäischen Harmonisierungsbestrebungen.¹² – Nur so viel hinsichtlich der Frage einer Sonderwirtschaftszone Ost.

4.3 Förderung der Infrastruktur

Uneinheitlich sind ferner die Antworten auf die Frage, ob auch weiterhin die Infrastruktur in den neuen Bundesländern gefördert werden soll. Gerade in jüngerer Zeit sind Forderungen laut geworden, statt der Infrastruktur doch besser die Unternehmen in Ostdeutschland zu fördern.¹³ Eine solche Alternative ist jedoch verfehlt:

Ein Großteil der Infrastruktur stellt so genannte öffentliche Güter dar. Darunter versteht man Güter, von deren Nutzung kein Interessent ausgeschlossen werden kann, wenn sie erst einmal bereitgestellt worden sind. Erwerbswirtschaftliche Unternehmen sind deshalb nicht bereit, öffentliche Güter planmäßig herzustellen und anzubieten. Wegen dieses Marktversagens kann es für den Staat geboten sein, für die Bereitstellung öffentlicher Güter zu sorgen.

Insofern sollte die Infrastruktur in den neuen Bundesländern unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung noch so lange vom Bund gefördert werden, wie sie quantitativ und qualitativ hinter der in Westdeutschland hinterherhinkt. Entsprechende Unterschiede vermindern sich jedoch von Jahr zu Jahr. Daher ist es richtig, dass die gerade für den Abbau

¹² Vgl. auch Seitz (2004), S. 12.

¹³ Vgl. hierzu vor allem Dohnanyi (2004a), Dohnanyi/Most (2004).

von Infrastrukturdefiziten vorgeschlagenen Sonderbedarfs-Ergänzungszuweisungen des Bundes im Rahmen des Solidarpakts II wohl auch weiterhin, allerdings degressiv gewährt werden.

4.4 Wirtschaftsförderung durch Förderung von Wachstumszentren

Uneinheitlich sind schließlich die Antworten auf die Frage, wie die Wirtschaftsförderung in den neuen Bundesländern konkret fortgeführt werden soll.

Zahlreiche Politiker wollen auch weiterhin gerade den strukturschwächeren Regionen den Vorrang bei der Förderung lassen. Andere schlagen vor, sowohl strukturschwache Gebiete als auch so genannte Wachstumszentren zu fördern.¹⁴ Beide Ansätze sind zwar politisch nachvollziehbar, aber volkswirtschaftlich verfehlt. Politisch sind sie nachvollziehbar, weil sie auf „Ausgleich“ bzw. „Gleichheit“ zielen und damit die Zahl der unzufriedenen Wähler minimieren. Volkswirtschaftlich sind sie allerdings verfehlt, weil sie eine weitgehende Fehllenkung knapper Ressourcen implizieren und einen selbsttragenden wirtschaftlichen Aufschwung in den neuen Bundesländern auch weiterhin behindern.

Wiederum andere Politiker, aber auch Ökonomen befürworten einen radikaleren Ansatz. Dieser basiert auf der Standorttheorie¹⁵ sowie auf der Theorie des ungleichgewichtigen Wirtschaftswachstums¹⁶, insbesondere jedoch auf der so genannten Neuen Wachstumstheorie¹⁷ und der Neuen Ökonomischen Geographie¹⁸.

Nach diesem Ansatz¹⁹ werden strukturschwache Regionen auf eine vor allem sozialpolitisch motivierte Grundförderung reduziert. Dagegen kommen die ohnehin immer knapper werdenden Fördermittel primär den Wachstumszentren zugute, die auch als Wachstumskerne oder Wachstumspole bezeichnet werden. Darunter sind regionale Schwerpunkte bzw. Cluster zu verstehen, in denen innovative Produkte und Dienstleistungen hergestellt werden. Unternehmen und wissenschaftliche Einrichtungen wie Hochschulen und FuE-Institute sind in den Wachstumszentren stark vernetzt. Letztere verfügen über gute infrastrukturelle Anbindungen.

¹⁴ Vgl. etwa Bundesregierung (2003).

¹⁵ Vgl. Christaller (1933).

¹⁶ Vgl. Myrdal (1957).

¹⁷ Vgl. Romer (1986), Lucas (1988).

¹⁸ Vgl. Krugman (1991), Fujita et al. (1999).

¹⁹ Zum Folgenden vgl. auch Benzler/Wink (2004); Dohnanyi/Most (2004), S. 21 ff.; Dohnanyi (2004b), S. 4 f.

Von den einzelnen Mitgliedern der Wachstumszentren gehen wissensintensive Externalitäten bzw. Spill-overs aus.²⁰ Diese kommen anderen Mitgliedern zugute. Die Externalitäten strahlen aber auch in die strukturschwachen Regionen, die über gute Verkehrsverbindungen zu den Wachstumszentren verfügen müssen. Agglomerationsvorteile dieser Zentren, auch in „Localization“ und „Urbanization Effects“ unterschieden, attrahieren weitere Unternehmen und wissenschaftliche Einrichtungen. Eine nachhaltige Gründungs- und Ansiedlungsdynamik kann sich ausbreiten.

Zentrales Element dieses innovations- und wachstumsorientierten Konzepts ist die vielfältige Entstehung und schnelle regionale Nutzung von (positiven) Externalitäten. Ganz allgemein versteht man darunter Vorteile für Dritte, die im Rahmen der marktlichen Tauschbeziehungen nicht berücksichtigt bzw. vergütet werden. Ähnlich wie öffentliche Güter stellen somit auch (positive) Externalitäten ein Marktversagen dar, das eine staatliche Subventionierung zu rechtfertigen vermag. Volkswirtschaftlich kann es daher grundsätzlich legitim sein, wenn der Bund Wachstumszentren in den neuen Bundesländern fördert.

In diesem Zusammenhang ist allerdings Friedrich August von Hayeks Warnung vor einer „Anmaßung von Wissen“ zu berücksichtigen.²¹ Die Bedeutung räumlicher Nähe sowie regionaler Netzwerke für die Innovationsaktivität von Unternehmen ist wirtschaftswissenschaftlich keineswegs geklärt. Die Existenz, die gesamtwirtschaftliche Bedeutung sowie der volkswirtschaftliche Wert wissensintensiver Externalitäten sind dem Staat mehr oder weniger unbekannt. Letzterer besitzt keineswegs bessere Informationen über die Zukunft als die Privaten. In der Regel ist er schlechter als die Unternehmer darüber informiert, was der technisch-ökonomische Fortschritt demnächst ermöglicht und was die Nachfrager zukünftig wünschen.

Hinzu kommen marktwirtschaftliche Bedenken: Begünstigt der Staat einzelne Unternehmen, so verzerrt er die Wettbewerbsbeziehungen dieser Marktteilnehmer zu allen nicht bzw. weniger geförderten in- und ausländischen Konkurrenten. Auf diese Weise kann es passieren, dass durchaus effiziente, aber nicht geförderte Marktteilnehmer von weniger effizienten, aber staatliche begünstigten Unternehmen verdrängt werden.

²⁰ Vgl. Harhoff et al. (2003).

²¹ Vgl. zum Folgenden Hayek (1975); Eickhof (1998), S. 479 ff.; Stolpe (1998), S. 305 ff.; Benzler/Wink (2004), S. 262 ff.

Schließlich drohen fatale wirtschaftspolitische Konsequenzen: Fehlentscheidungen eines Unternehmens belasten allein dieses Unternehmen. Fehlentscheidungen des Staates im Rahmen des hier vorgestellten regional- und industriepolitischen Konzepts betreffen dagegen sogleich eine ganze Region. Dann aber dürfte die Bereitschaft des Staates, unter Missachtung früher aufgestellter Förderprinzipien auch weiterhin zu helfen, relativ groß sein.

Weitere Einwände ließen sich vermutlich anfügen. Sie führen zu dem Ergebnis, dass der Staat gut beraten ist, von einer finanziellen Förderung so genannter Wachstumszentren abzusehen. Hinsichtlich dieses Konzepts ist die Gefahr des Misserfolgs größer als die Chance des Erfolgs. Das gilt generell und damit auch für die neuen Bundesländer.

An dieser Stelle ist allenfalls Folgendes zu berücksichtigen: Die Verabschiedung des Solidarpakts II zeigt, dass sowohl der Bund als auch zumindest die neuen Bundesländer die Regional- und Industriepolitik zugunsten Ostdeutschlands trotz aller kritischen Einwände noch bis zum Ende des nächsten Jahrzehnts fortführen wollen. Angesichts dieser Ausgangslage ergibt sich die Frage, wie die geplante Förderung von Wachstumszentren mit möglichst geringen volkswirtschaftlichen Verlusten durchgeführt werden kann. Beschränken wir uns lediglich auf diesen Aspekt, so sind die vorgebrachten Einwände soweit wie möglich zu beachten:

Wachstumszentren sollten danach nicht zu eng und abschließend definiert werden. Die staatliche Förderung sollte Hilfe zur Selbsthilfe bewirken. Um Mitnahme- und Gewöhnungseffekte zu minimieren, hat die Förderung der Unternehmen weniger durch Steuervergünstigungen als vielmehr durch Finanzhilfen zu erfolgen. Im Mittelpunkt sollten dabei Investitions- bzw. Innovationszuschüsse stehen. Diese Subventionen sind im Laufe der Zeit immer weniger als verlorene Zuschüsse und immer mehr als Darlehen zu gewähren. Besser ausgestattete öffentliche Risikokapital-Beteiligungsfonds sollten schließlich zur Verbesserung der Eigenkapitalausstattung bestehender sowie neuer Unternehmen beitragen.

5 Fazit

Es hat sich somit gezeigt, dass 15 Jahre nach der Wiedervereinigung und trotz eines inzwischen billionenschweren Transfers eine Gleichheit der Lebensverhältnisse in West- und Ostdeutschland noch nicht erreicht ist. Und auch immense regional- und industriepolitische Aktivitäten haben noch nicht zu einem selbsttragenden wirtschaftlichen Aufschwung im Osten geführt. Die neuen Bundesländer benötigen auch weiterhin Hilfe des Bundes bzw. des Westens. Allerdings soll diese in Zukunft nur noch degressiv gewährt werden.

Gute Argumente sprechen inzwischen dagegen, eine „Sonderwirtschaftszone neue Bundesländer“ zu errichten. Stattdessen sollte sich die Regional- und Industriepolitik auf die Beseitigung noch vorhandener Infrastrukturdefizite konzentrieren. Größtmögliche Zurückhaltung ist schließlich bei der finanziellen Förderung so genannter Wachstumszentren zu empfehlen.

Literaturverzeichnis

- Benzler, G./Wink, R. (2004): Regionale Innovationspole: Schlüssel zu mehr Wachstum in Deutschland?, in: List Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik, Bd. 30, S. 253 – 270.
- Berg, H./Gehrmann, B. (2004): EU-Regionalpolitik und Osterweiterung: Hoher Reformbedarf – geringe Reformchancen, in: List Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik, Bd. 30, S. 318 – 338.
- Bundesregierung (2003): Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2003, Berlin.
- Christaller, W. (1933): Die zentralen Orte in Süddeutschland, Jena.
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) et al. (2002): Fortschrittsbericht über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland, Halle (Saale).
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) et al. (2003): Zweiter Fortschrittsbericht wirtschaftswissenschaftlicher Institute über die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland, Halle (Saale).
- Dohnanyi, K. von (2004a): Das Problem Ostdeutschland – Die Empfehlungen des „Gesprächskreises Ost“, in: Wirtschaftsdienst, 84. Jg., S. 611 – 614.
- Dohnanyi, K. von (2004b): Aufbau Ost und allgemeine Reformpolitik gehören zusammen, in: ifo Schnelldienst 10/2004, 57. Jg., S. 3 – 5.
- Dohnanyi, K. von/Most, E. (2004): Kurskorrektur des Aufbau Ost. Bericht des Gesprächskreises Ost der Bundesregierung, Hamburg/Berlin.
- Eggert, R. (2004): Aufbau Ost – ist der Osten das Fieberthermometer für den kranken Westen?, in: Wirtschaftsdienst, 84. Jg., S. 615 – 619.
- Eickhof, N. (1997): Die Industriepolitik der Europäischen Union, in: S. Behrends (Hrsg.): Ordnungskonforme Wirtschaftspolitik in der Marktwirtschaft, Berlin, S. 425 – 456.
- Eickhof, N. (1998): Die Forschungs- und Technologiepolitik Deutschlands und der EU: Maßnahmen und Beurteilungen, in: Ordo, Bd. 49, S. 465 – 487.
- Fritsch, M. et al. (1991): Regionalpolitik in Ostdeutschland, in: Wirtschaftsdienst, 71. Jg., S. 626 – 631.
- Fujita, M. et al. (1999): The Spatial Economy – Cities, Regions, and International Trade, Cambridge, Mass./London.
- Harhoff, D. et al. (2003): Profiting from Voluntary Information Spillovers: How Users Benefit by Freely Revailing their Innovations, in: Research Policy, Vol. 32, S. 1753 – 1769.
- Hayek, F. A. von (1975): Die Anmaßung von Wissen, in: Ordo, Bd. 26, S. 12 – 21.

- Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH, 2003): Pressemitteilung Nr. 21/2003, Halle (Saale).
- Klodt, H. (1996): Alternativen und Perspektiven der Wirtschaftsförderung in den neuen Ländern, in: List Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik, Bd. 22, S. 267 – 286.
- Krugmann, P. R. (1991): Increasing Returns and Economic Geography, in: Journal of Political Economy, Vol. 99, S. 483 – 499.
- Lammers, K. (2004): Problemregion Ostdeutschland – was ist zu tun?, in: Wirtschaftsdienst, 84. Jg., S. 623 – 626.
- Lenk, T. (2003): Finanzausgleich und Solidarpakt II, in: WISU – Das Wirtschaftsstudium, 32. Jg., S. 245 – 254.
- Lucas, R. E. (1988): On the Mechanics of Economic Development, in: Journal of Monetary Economics, Vol. 22, S. 3 – 42.
- Myrdal, G. (1957): Economic Theory and Underdeveloped Regions, London.
- Ragnitz, J. (2003): Wirkungen der Investitionsförderung in Ostdeutschland, IWH-Diskussionspapier Nr. 186, Halle (Saale).
- Ragnitz, J. (2004): Für mehr Ehrlichkeit beim Aufbau Ost, in: Wirtschaftsdienst, 84. Jg., S. 620 – 623.
- Röhl, K.-H. (2004): Sonderwirtschaftszonen als Instrument der Regionalentwicklung, Köln.
- Romer, P. M. (1986): Increasing Returns and Long-Run Growth, in: Journal of Political Economy, Vol. 94, S. 1002 – 1037.
- Schroeder, K. (2004): Ein Staat – zwei Gesellschaften: Deutschland 14 Jahre nach der Vereinigung, in: Wirtschaftsdienst, 84. Jg., S. 627 – 634.
- Seitz, H. (2004): Zur zukünftigen Ausgestaltung des „Aufbau Ost“, in: ifo Schnelldienst 10/2004, 57. Jg., S. 11 – 14.
- Stolpe, M. (1998): Aktive Industriepolitik in volkswirtschaftlichen Ausnahmesituationen – falls ja, dann: wie?, in: U. Mummert/M. Wohlgemuth (Hrsg.): Aufschwung Ost im Reformstau West, Baden-Baden, S. 299 – 318.
- Weimann, J. (2004): Vorteil Ostdeutschland, in: ifo Schnelldienst 10/2004, 57. Jg., S. 8 – 11.

Bisher erschienene Diskussionsbeiträge:

- Nr. 1 **Eickhof, Norbert/Franke, Martin:** Die Autobahngebühr für Lastkraftwagen, 1994.
- Nr. 2 **Christoph, Ingo:** Anforderungen an eine standortgerechte Verkehrspolitik in der Bundesrepublik Deutschland, 1995.
- Nr. 3 **Franke, Martin:** Elektronisches Road Pricing auf den Autobahnen, 1995.
- Nr. 4 **Franke, Martin:** Reduktion der CO₂-Emissionen des Straßenverkehrs durch Zertifikate?, 1995.
- Nr. 5 **Eickhof, Norbert:** Marktversagen, Wettbewerbsversagen, staatliche Regulierung und wettbewerbspolitische Bereichsausnahmen, 1995.
- Nr. 6 **Eickhof, Norbert:** Die Industriepolitik der Europäischen Union, 1996.
- Nr. 7 **Schöler, Klaus:** Stadtentwicklung im Transformationsprozeß - Erkenntnisse aus der deutschen Entwicklung -, 1996.
- Nr. 8 **Schöler, Klaus/Hass, Dirk:** Exportsubventionen im internationalen räumlichen Oligopol, 1996.
- Nr. 9 **Schöler, Klaus:** Tariffs and Welfare in a Spatial Oligopoly, 1996.
- Nr. 10 **Kreikenbaum, Dieter:** Kommunalisierung und Dezentralisierung der leitungsgebundenen Energieversorgung, 1996.
- Nr. 11 **Eickhof, Norbert:** Ordnungspolitische Ausnahmeregelungen - Rechtfertigungen und Erfahrungen -, 1996.
- Nr. 12 **Sanner, Helge/Schöler, Klaus:** Competition, Price Discrimination and Two-Dimensional Distribution of Demand, 1997.
- Nr. 13 **Schöler, Klaus:** Über die Notwendigkeit der Regionalökonomik, 1997.
- Nr. 14 **Eickhof, Norbert/Kreikenbaum, Dieter:** Reform des Energiewirtschaftsrechts und kommunale Bedenken, 1997.
- Nr. 15 **Eickhof, Norbert:** Konsequenzen einer EU-Osterweiterung für den Gemeinsamen Markt und Anpassungserfordernisse der Gemeinschaft, 1997.
- Nr. 16 **Eickhof, Norbert:** Die Forschungs- und Technologiepolitik der Bundesrepublik und der Europäischen Union - Herausforderungen, Maßnahmen und Beurteilung -, 1997.
- Nr. 17 **Sanner, Helge:** Arbeitslosenversicherung, Lohnniveau und Arbeitslosigkeit, 1997.
- Nr. 18 **Schöler, Klaus:** Die räumliche Trennung von Arbeit und Wohnen - Kritik einer populären Kritik -, 1997.
- Nr. 19 **Strecker, Daniel:** Innovationstheorie und Forschungs- und Technologiepolitik, 1997.
- Nr. 20 **Eickhof, Norbert:** Die Neuregelung des Energiewirtschaftsrechts, 1998.

- Nr. 21 **Strecker, Daniel:** Neue Wachstumstheorie und Theorie der strategischen Industrie- und Handelspolitik - Fundierte Argumente für forschungs- und technologiepolitische Maßnahmen? -, 1998.
- Nr. 22 **Schirmag, Toralf/Schöler, Klaus:** Ökonomische Wirkungen der Universitätsbeschäftigten auf die Stadt Potsdam und das Umland, 1998.
- Nr. 23 **Ksoll, Markus:** Ansätze zur Beurteilung unterschiedlicher Netzzugangs- und Durchleitungsregeln in der Elektrizitätswirtschaft, 1998.
- Nr. 24 **Eickhof, Norbert/Kreikenbaum, Dieter:** Die Liberalisierung der Märkte für leitungsgebundene Energien, 1998.
- Nr. 25 **Eickhof, Norbert:** Die deutsche und europäische Forschungs- und Technologiepolitik aus volkswirtschaftlicher Sicht, 1998.
- Nr. 26 **Sanner, Helge:** Unemployment Insurance in a General Equilibrium Framework with Firms Setting Wages, 1998.
- Nr. 27 **Never, Henning:** Vielfalt, Marktversagen und öffentliche Angebote im Rundfunk, 1998.
- Nr. 28 **Schöler, Klaus:** Internationaler Handel und räumliche Märkte - Handelspolitik aus Sicht der räumlichen Preistheorie -, 1999.
- Nr. 29 **Strecker, Daniel:** Forschungs- und Technologiepolitik im Standortwettbewerb, 1999.
- Nr. 30 **Schöler, Klaus:** Öffentliche Unternehmen aus raumwirtschaftlicher Sicht, 1999.
- Nr. 31 **Schöler, Klaus:** Wohlfahrt und internationaler Handel in einem Modell der räumlichen Preistheorie, 1999.
- Nr. 32 **Wagner, Wolfgang:** Vergleich von ringförmiger und sektoraler Stadtstruktur bei Nachbarschaftsexternalitäten im monozentrischen System, 1999.
- Nr. 33 **Schulze, Andreas:** Die ordnungspolitische Problematik von Netzinfrastrukturen - Eine institutionenökonomische Analyse -, 1999.
- Nr. 34 **Schöler, Klaus:** Regional Market Areas at the EU Border, 2000.
- Nr. 35 **Eickhof, Norbert/Never, Henning:** Öffentlich-rechtlicher Rundfunk zwischen Anstaltschutz und Wettbewerb, 2000.
- Nr. 36 **Eickhof, Norbert:** Öffentliche Unternehmen und das Effizienzproblem - Positive und normative Anmerkungen aus volkswirtschaftlicher Perspektive -, 2000.
- Nr. 37 **Sobania, Katrin:** Von Regulierungen zu Deregulierungen - Eine Analyse aus institutionenökonomischer Sicht -, 2000.
- Nr. 38 **Wagner, Wolfgang:** Migration in Großstädten - Folgen der europäischen Osterweiterung für mitteleuropäische Stadtstrukturen, 2000.
- Nr. 39 **Schöler, Klaus:** Vertikal verbundene Märkte im Raum, 2000.
- Nr. 40 **Ksoll, Markus:** Einheitliche Ortspreise im Stromnetz und Wettbewerb in der Elektrizitätswirtschaft, 2000.

- Nr. 41 **Sanner, Helge:** Regional Unemployment Insurance, 2001.
- Nr. 42 **Schöler, Klaus:** Zweistufige Märkte bei zweidimensionaler räumlicher Verteilung der Nachfrage, 2001.
- Nr. 43 **Isele, Kathrin:** Institutioneller Wettbewerb und neoklassische Modelle, 2001.
- Nr. 44 **Sanner, Helge:** Bargaining Structure and Regional Unemployment Insurance, 2001.
- Nr. 45 **Sanner, Helge:** Endogenous Unemployment Insurance and Regionalisation, 2001.
- Nr. 46 **Ksoll, Markus:** Spatial vs. Non-Spatial Network Pricing in Deregulated Electricity Supply, 2001.
- Nr. 47 **Ksoll, Markus/Schöler, Klaus:** Alternative Organisation zweistufiger Strommärkte - Ein räumliches Marktmodell bei zweidimensionaler Verteilung der Nachfrage, 2001.
- Nr. 48 **Kneis, Gert/Schöler, Klaus:** Zur Begründung der linearen Nachfragefunktion in der Haushaltstheorie, 2002.
- Nr. 49 **Westerhoff, Horst-Dieter:** Die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik angesichts der EU-Erweiterung, 2002.
- Nr. 50 **Wagner, Wolfgang:** Subventionsabbau um jeden Preis? Wohlfahrtswirkungen von Subventionen im Transportsektor, 2002.
- Nr. 51 **Isele, Kathrin:** Fusionskontrolle im Standortwettbewerb, 2003.
- Nr. 52 **Eickhof, Norbert:** Globalisierung, institutioneller Wettbewerb und nationale Wirtschaftspolitik, 2003
- Nr. 53 **Schulze, Andreas:** Liberalisierung und Re-Regulierung von Netzindustrien - Ordnungspolitisches Paradoxon oder wettbewerbsökonomische Notwendigkeit? -, 2003.
- Nr. 54 **Schöler, Klaus/Wagner, Wolfgang:** Freizeitbewertung und städtische Bevölkerungsverteilung - Theoretische und empirische Ergebnisse -, 2003.
- Nr. 55 **Sanner, Helge:** Imperfect Goods and Labor Markets, and the Union Wage Gap, 2003.
- Nr. 56 **Sanner, Helge:** Imperfect Goods and Labor Markets, Regulation, and Spillover Effects, 2003.
- Nr. 57 **Holzer, Verena L.:** Überblick über die Energiepolitik der Europäischen Union, 2003.
- Nr. 58 **Westerhoff, Horst-Dieter:** Hightech und Infrastruktur - Die Entwicklung der Geoinformationsbranche -, 2003.
- Nr. 59 **Wagner, Wolfgang:** Simulationen von sozialer Segregation im monozentrischen Stadtsystem, 2003.
- Nr. 60 **Wagner, Wolfgang:** Mietpreisbindung für Wohnungen und ihre Wirkung auf die soziale Segregation, 2003.
- Nr. 61 **Eickhof, Norbert:** Freiwillige Selbstverpflichtungen aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht, 2003.

- Nr. 62 **Merkert, Rico:** Die Liberalisierung des schwedischen Eisenbahnwesens - Ein Beispiel vertikaler Trennung von Netz und Transportbetrieb, 2003.
- Nr. 63 **Holzer, Verena L.:** Ecological Objectives and the Energy Sector - the German Renewable Energies Act and the European Emissions Trading System -, 2004.
- Nr. 64 **Schulze, Andreas:** Alternative Liberalisierungsansätze in Netzindustrien, 2004.
- Nr. 65 **Do, Truong Giang:** Tariffs and export subsidies in a spatial economic model, 2004.
- Nr. 66 **Wagner, Wolfgang:** Der räumliche Wohnungsmarkt als lokales Mehrproduktmonopol, 2004.
- Nr. 67 **Sanner, Helge:** Economy vs. History: What Does Actually Determine the Distribution of Firms' Locations in Cities?, 2004.
- Nr. 68 **Schulze, Andreas:** Liberalisierungen in Netzindustrien aus polit-ökonomischer Sicht - Eine positive Analyse der Interessenbedingtheit von Privatisierungen und Marktöffnungen am Beispiel netzgebundener Wirtschaftsbereiche -, 2004.
- Nr. 69 **Wagner, Wolfgang:** Spatial Patterns of Segregation - A Simulation of the Impact of Externalities between Households, 2004.
- Nr. 70 **Wagner, Wolfgang:** Optimal Spatial Patterns of Two, Three and Four Segregated Household Groups in a Monocentric City, 2004.
- Nr. 71 **Wagner, Wolfgang:** A Simulation of Segregation in Cities and its Application for the Analysis of Rent Control, 2004.
- Nr. 72 **Westerhoff, Horst-Dieter:** Wie sich eine Nation arm rechnet - Einige statistische Bemerkungen zum Konzept der relativen Armut -, 2004.
- Nr. 73 **Holzer, Verena L.:** Does the German Renewable Energies Act fulfil Sustainable Development Objectives?, 2004.
- Nr. 74 **Eickhof, Norbert/Isele, Kathrin:** Do Economists Matter? Eine politökonomische Analyse des Einflusses wettbewerbspolitischer Leitbilder auf die europäische Fusionskontrolle, 2005.
- Nr. 75 **Sanner, Helge:** Bertrand Wettbewerb im Raum kann zu höheren Preisen führen als ein Monopol, 2005.
- Nr. 76 **Gruševaja, Marina:** Formelle und informelle Institutionen im Transformationsprozess, 2005.
- Nr. 77 **Eickhof, Norbert:** Regional- und Industriepolitik in den neuen Bundesländern, 2005.